

# Handelzeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

erschint an jedem Dienstag nachmittags. Die Bezugs-Abgabe des Blattes beträgt in Stadt und Land 150.000 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich über 150.000, in den Postgebieten abgeteilt über 160.000 monatlich. Die abgeteilt bezugsfähige Postnummer-Zeile kostet im Einzelverkauf 15 Pf. 15.000, im ausserordentlichen Verkauf 10 Pf. 15.000. Retouren des Abnahmestückes im Einzelverkauf am 15. und 16. November 1922. Retouren des Abnahmestückes im Einzelverkauf am 15. und 16. November 1922. Retouren des Abnahmestückes im Einzelverkauf am 15. und 16. November 1922.

Verlags-Redaktion: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhaushof 17. Fernsprecher-Nachrichtenzentrale: Comm.-Dammern 1140 und 1145. Geschäftsverteilung: Halle a. S., Markt 54. Druckerei: „Das Zeitungswesen“ - Buch- und Zeitungsverlagsgesellschaft. Halle a. S., Markt 54. Druckerei: „Das Zeitungswesen“ - Buch- und Zeitungsverlagsgesellschaft. Halle a. S., Markt 54. Druckerei: „Das Zeitungswesen“ - Buch- und Zeitungsverlagsgesellschaft.

# Gunnaris und seine Minister hingerichtet.

Überführung des englischen Gesandten aus Athen ... Ein amerikanisch-französisches Abkommen? ... Zuglunds Forderungen in Lausanne ... Noch ein französisches Erfassungsprogramm ... Dreijährige Grundmiete.

## Barbarische Blutjustiz.

Athen, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.) Im Prozeß gegen die Staatsmänner und Generale wurde gestern früh das Urteil verkündet, nach dem die Richter fast die ganze Stadt stäubend beraten hatten. Gunnaris, Sitaros, Tzetzis, Valtzogi und General Sabjanstian wurden zum Tode, General Stratigos und Admiral Gondas zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Sechs von den zum Tode Verurteilten wurden noch gestern in Athen hingerichtet.

## Lausanne, 28. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach Schluß der Sitzung der dritten Kommission trat bei Venizelos die Nachricht von der Eröffnung der griechischen Wahlen ein, die natürlich in den Kreisen der Konferenz des ungeschickten Majors erregte gegenseitige und griechische Reize bemerken ließ. Die allgemeine Meinung ist, daß die Wahlen unter Hinweis auf die Schuld der Verurteilten, die ein gewisses Verbrechen gegen ihr eigenes Vaterland begangen hätten, zu den englischen Kreisen verwehrt man jede Auskunft über das, was die englische Delegation zu tun gedenkt. „Bei uns herrscht vollkommene Niederlage, mit erwarteten Interventionen aus London“, wurde gesagt. — Das Thema wird noch genauer. Nach der Mitteilung hat die Intervention erhalten habe, die griechische Forderung sofort zu erfüllen. Es wird nach Lausanne abziehen, wo er Lord Curzon über die Schritte in Athen unterrichten wird. Diese Schritte der englischen Regierung bedeutet natürlich nicht anderes als einen Protest gegen das unpopuläre Verbot der jetzigen griechischen Regierung.

## Die französischen Drohungen.

Paris, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.) Im gestrigen Ministerrat berichtigte Poincaré alle die Beratungen im Einverständnis zwischen der französischen Regierung in Deutschland. Der offizielle Meinung lag, daß über die Sitzung die vollständigsten Berichte im Voraus seien. Zu den Beratungen im Einverständnis der „Comps“, das gegenwärtig laufende Teilmoratorium gese am 31. Dezember zu Ende und am 1. Januar trete der Londoner Zahlungsplan wieder in Kraft, d. h. Deutschland habe am 15. Januar 20 Millionen Goldmark zu zahlen, Frankreich sei entschlossen, Teil 100.000.000 Mark für diese Zahlung zu gewähren ohne entsprechende Forderungen zu stellen. Die Verhandlungen mit den Alliierten dieser Operation auszuführen. Es hoffe, daß sich die Alliierten dieser Operation anschließen werden, denn Frankreich habe keine Hintergedanken von Egoismus und Imperialisismus. Es wolle nur bezahlt werden, dies aber ganz bestimmt. Frankreich ließe am Vorabend einer Politik der Verwirklichung, obwohl behauptet worden sei, daß die Verarmung im Einverständnis nur eine Warnung an die deutschen Regierung sei. In der Kammer sei gestern nur von der Sitzung im Einverständnis die Rede gewesen. Die Vorschläge seien von allen Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken unterstützt worden. Das Gericht von einer Teil 100.000.000 Mark Zahlung möchte aber schon jetzt demontiert werden. Die geplante Operation an der Ruhr werde eine rein politische Aktion sein, für die die Alliierten genüge. Die erforderlichen Mittel werde die Regierung sofort verlangen. „Der Verlauf des Betriebes“ über Verhandlungen gegen ein solches Vorgehen und fordert ein Zusammengehen mit den Alliierten. Das in Erwägung gezogene Programm bedürfe einer ernsthaften Prüfung, ehe zu einer Aktion geschritten werde. Im übrigen könne man sich nicht vorstellen, daß Frankreich seinen Selbstwillen wolle, ehe es sich mit den Alliierten verständigt habe. Das „Journal du Commerce“ teilt mit, daß in den letzten vier Monaten nur für eine Milliarde Franken der Betrag in Deutschland gefordert wurden. Es wurden aber im Ganzen für 15 Millionen Forderungen gemacht, aber noch nicht zur Durchführung gebracht.

## Noch ein Reparationsprogramm.

Paris, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ enthält von einer hohen französischen Autorität, das „deutsche Programm“ der französischen Regierung für die Reparationen. Das Programm besteht aus vier Forderungen: 1. Die deutsche Finanzwirtschaft ist einer strengen Kontrolle der Verbündeten zu unterwerfen, die eine internationale Anleihe möglich ist, die zwischen Frankreich und Deutschland geteilt werden soll. 2. Die für Deutschland bestimmte Summe muß unter Kontrolle der Alliierten dem Verwendungszweck bestimmt werden. 3. Der Kriegsverlust der Alliierten und Rohstoffe für die deutsche Industrie zu befragen. 2. Alle Rechte müssen ebenso wie die im Vertrag von Versailles erwähnten Vorrechte auf den deutschen Besitz bestehen bleiben. Frankreich behält sich das Recht vor, im Falle des deutschen Gebietes zu bestehen. Die Periode der Rheinlandbesetzung wird um die Zeit verlängert, die das wirtschaftlich notwendige Moratorium fünf Jahre, so muß der Rhein fünf Jahre lang länger besetzt bleiben. 3. Auch während der Dauer des Moratoriums muß Deutschland die Lieferungen für die zerstörten Gebiete fortsetzen, gemäß den zwischen Deutschland und Frankreich geschlossenen Verträge. Auch die großen Arbeiten der Projekte des Ministers de Troost sind zu prüfen, die im Teil begonnen werden. Der vierte Punkt ist die gegenseitige Verrechnung der Kriegsschulden unter den Alliierten. In der Einleitung zu diesem „deutschen Programm“ wird gesagt, daß Frankreich miniert sei, wenn es nicht gelinge, die Forderungen von Deutschland zu barem Gelde zu machen.

Paris, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ schreibt, daß der Kanzler Cuno in Gemeinschaft mit der deutschen Reichsregierung die Situation noch retten könne, wenn es ihm gelinge, die Großindustrie zu den notwendigen Opfern zu bewegen. Die Reparationskommission werde

in ihrer Antwort auf das Moratoriumsgesuch wahrscheinlich erwidern, daß ein Moratorium nur möglich sei, wenn die deutsche Großindustrie größere Sicherheiten zu gewähren bereit sei. Der Kanzler müsse die Großindustrie zu diesem Zugeständnis bringen, und die Großindustriellen dürften sich nicht weigern, wenn sie nicht des Chaos für Deutschland herbeiführen wollten.

## Rhein und Reich unlosbar verbunden.

Bonn, 28. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die „Rhein. Volkszeitung“ vom 28. November schreibt in einem Artikel „Recht über Rauten“. Durch die Erfahrungen der Besatzungsjahre haben wir gelernt und können es auch jetzt zusammenfassen, daß durch Kultur, Geschichte und Blutsbande mit uns verbunden sind und bleiben müssen, wenn der Friede der Welt und Europas gewährleistet werden soll. Niemand kann Recht sein, welches Unrecht in gegen eine deutsche Bevölkerung. Der Artikel schließt mit den Worten: „Denke daher stets an das Rhein, schließt die Einheitlichkeit, fort mit allem inneren Haß, der uns trennt; wer uns trennen will, soll auf Granit steigen.“

## Concurrenz in der Schweiz.

Zürich, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der frühere französische Vizekonsul in Zürich, der gegenwärtig eine kleine Privatpraxis durch die Schweiz unternimmt, sprach gestern in Zürich vor, wo er u. a. ausführte, daß er, obwohl Optimist, die gegenwärtige Lage als höchst gefährlich ansehe und überzeuge sei, daß zur Abwehr des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands alle Staaten, gleichviel ob früher Freund oder Feind, zu gemeinlichem Handeln sich finden müssen. Auch Frankreich müsse auf das höchste betreten, werde mit Hilfe „Angelichts der schmerzlichen Gefahr müssen alle früheren Feindschaft zurücktreten, Frankreich lege seinen Haß gegen Deutschland (1). Frankreich solle nur den Krieg.“

## Italiens Haltung in der Reparationsfrage.

Rom, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.) Wie der offizielle „Mugellano“ mitteilt, genehmigt Mussolini sämtliche Verträge mit „Angeliolen zu verpflichten. Was die deutschen Reparationen betreffe, so werde Mussolini dies Problem als „technisches Charakter“ zurückführen. Die Sachverständigen würden sagen, ob Deutschland zahlen könne oder nicht. Können es, wie es scheint, in gewissen Grenzen zahlen, so müsse es auch zahlen. Woher Deutschland die Mittel nehme, sei keine Sache. Wenn Geldbesitz seien nicht erschöpft (1). Hierüber seien Italien und Frankreich einig.

## Zuglunds Ansprüche in Lausanne.

Paris, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die russischen Ansprüche auf Zahlung für Konten sind noch nicht endgültig abgeklärt, da auf Wunsch des italienischen Vertreters diese Frage nach einem den Einzelregierungen vorgelegt wird. — In der Meerestage glaubt man, daß die russische Forderung trotz ihrer ungenügenden Erklärung von ihrem ursprünglichen Programm manches nachlassen wird. Die Russen haben die Gerichte, nach denen sie an der Grenze Rumäniens Truppen zusammenziehen, offiziell bestätigt. Nach den Berichten der Berliner Blätter haben die Russen versichert, daß sie in einer Art von Ultimatum die Forderung noch fortgesetzt. Zahlung für den Verfall der Konten, was heißt, daß die russischen Forderungen ausbleiben, heißt auf die Gefahr hin, daß die Russen ihre Forderungen nicht machen sollten.

## Clemenceau in Chicago.

New York, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.) Ueber die Aufnahme Clemenceaus in Chicago wird mitgeteilt, daß seitens der Freunde des französischen Exministers die Begrüßung sehr warm gewesen sei. Bürgermeister Thompson, der für deutschfreundlich sich hält, hat Clemenceau nicht empfangen wollen, hat Clemenceau im Rathaus zwar aufgenommen, ohne jedoch eine Begrüßung an ihn zu richten. Zur Erweiterung auf Clemenceaus Vortrag hat Thompson eine Demonstration vorbereitet haben, die sich gegen die französische Agitation in Amerika richtete. Clemenceau wurde von diesen Vorbereitungen unterrichtet, hat jedoch darauf erwidert, daß er an seiner Rede nicht das Geringste ändern werde.

## Separatverabreden der Türkei mit Amerika.

Washington, 28. November. (Eig. Drahtmeldung.) Wie hier erklärt wird, soll die amerikanische Regierung beabsichtigen, alle die Punkte betreffend Fragen durch ein Separatabkommen mit der Türkei zu regeln. Der gegenwärtig zwischen den beiden Ländern bestehende Vertrag wird sehr langsam als nicht mehr gültig betrachtet. Den allgemeinen Friedensvertrag mit der Türkei will die amerikanische Regierung nicht unterzeichnen.

## Zufolge Kollisionsgefahr.

Berlin, 29. November. Zwei Notizen liefen, einer Korrespondenz zufolge, gestern aus Paris in Berlin eingetroffen sein: die eine von der Reparationskommission mit einem Protest gegen die Stellung weiterer Subventionen an die deutschen Gewerke, die andere von der französischen Regierung mit der Forderung ihrer Geschäftsbetriebe zur Inbetriebnahme deutscher Fabriken. In Abhängigkeit ist wieder eine Note dieses noch eine solche jenen Inhalts in Berlin eingetroffen.

## Die französische Aktivität.

Die Redaktionen aus Paris haben am Dienstag an den Berliner Börsen den Dollar bis her zu den 9000-Markgrenze erniedrigt. Das ist wenig verwunderlich, denn die Aktivität der französischen Politik, die sich in der monatelangen Sitzung im Einklang mit der großen Energie angeordnet hat, muß auf das wirtschaftliche Leben Deutschlands einen neuen außerordentlich schweren Druck legen. Auch wenn man dabei nicht übersehen darf, daß die Reparationen, die jetzt in Paris stattfinden, nur eine mittelbare Vorbereitung besserer französischer Verhandlungen sind, darf man doch keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß es sich bei diesen Vorbereitungen nicht um die Abfertigung eines Bluffs im Hinblick auf die bevorstehende Brüsseler Konferenz handelt, sondern daß es der französischen Regierung mit ihrem neuen Aktionsprogramm durchaus ernst ist. Die Stimmung in Frankreich ist durch die verschiedenen von außen kommenden Einbrüche sehr stark erregt und verärgert. Die Haltung Italiens, das unter Mussolini auf eine ganz neue Bahn getrieben wird, ist durchaus geeignet, auch die französischen Reparationsansprüche zu verschärfen, denn die Art, wie Mussolini das Anrecht Italiens auf Reparationsleistungen auszuwirken sucht, muß in Paris dahin wirken, daß man dort nun erst recht auf seinem Schien liegt. Auf der anderen Seite ist man über die Haltung Englands, das sich nach wie vor bemüht, äußerlich korrekt zu erscheinen, in Frankreich zwar äußerlich verstimmt, weil aber im Grunde doch wohl genau genug, daß die englische Politik hinsichtlich Grundsatz, Frankreich in seiner Reparationspolitik zum mindesten passiv zu unterwerfen. Was Belgien angeht, so waren die Reparationen, die in den letzten Tagen mit den Vertretern der belgischen Regierung in Paris stattgefunden haben, deshalb für Frankreich nicht befriedigend, weil die belgischen Minister sich nicht entschließen konnten, den weitgehenden Wünschen der französischen Regierung, von denen sie vor den übrigen Verbündeten in Kenntnis gesetzt worden sind, vollständig zuzustimmen.

Die Erziehung verlangt die Leiter der französischen Politik überhaupt zu gewissen Maßstäben über die Bereitwilligkeit der anderen Verbündeten, ihnen aktiv auf der Bahn zu folgen, die sie gehen wollen, und aus diesem Grunde treffen sie alle erforderlichen Vorbereitungen für eine französische Contention, so daß sie sich im Falle einer Forderung der interalliierten Solidarität berechnen können. Das ist damit die grundlegende Voraussetzung der Verfall der Verträge umzusetzen werden, denn für sie eine Frage zweiter Ordnung zu sein. Die französische Contention ist gefordert für den Fall, daß die Brüsseler Konferenz nicht zustande kommen oder nicht das Ergebnis haben sollte, das man in Paris von ihr erwartet. Nebenbei in dieser Richtung stehen, wie jeder Beobachter der internationalen Zusammenhänge in letzter Zeit erkennen konnte, aus den verschiedenen Ursachen; es ist vom französischen Standpunkt aus verständlich, daß man in der öffentlichen Diskussion sich darauf beschränkt, Deutschland als den Einzigen, der sich in den Augen der Alliierten als ein Verstoß gegen die Regierung und der Reichstag sein sich darin einig, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommen sollte, und es werden besonders schwere Vorwürfe gegen die deutsche Industrie erhoben. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht angebracht, ein kurzes Wort zu sagen zu den Berichten über verschiedene Unternehmungen, die der französische Vorsitzende der Reparationskommission Barthelemy in seinem Berliner Aufenthalt mit Vertretern der deutschen Industrie gehabt hat und die in der französischen Presse sich in einer Weise wiederzugeben werden, die offenbar ihrer tatsächlichen Bedeutung nicht ganz entspricht. Die Dinge haben dabei jedenfalls so gelegen, daß Herr Barthelemy gewisse Fragen stellte und keine Gegenentwürfe entwickelte, nicht aber so, daß sich von den deutschen Industriellen bindende Zusicherungen gegeben worden wären. Im äußersten Falle dürfte von deutscher Seite die prinzipielle Bereitschaft bekundet worden sein, unter bestimmten Voraussetzungen diese oder jene Mittel und Wege zu versuchen. Durch den außerordentlichen Druck neuer Sanktionen, durch die Situation des ganzen Rheinlandes und des halben westlichen Industriegebietes werden ganz gewiß die Voraussetzungen für derartige deutsche Aktionen nicht geschaffen werden; es wird weder die unerlässliche Entlastung Deutschlands von unerträglichen Druck noch die Steigerung der industriellen Leistung, noch auch — was man in Paris ebenfalls zu übersehen scheint — die Stellung der deutschen Arbeiterklasse bedarf in einer Richtung beeinflusst werden, von der man sich in Frankreich Geminn verhoffen könnte. Alle diese in den Pariser Konferenzen in Erwägung gezogenen Zwangsmittel haben sich — immer von französischem Standpunkt betrachtet — auf dem Papier sehr einfach und sehr zwingend an. An der Praxis werden sie zu außerordentlichen Schwierigkeiten finden, das daran der erwartete Effekt ganz anders werden muß. Eine derartige gewalttätige Diskussion bringt alles weniger als „produktive Verbände“, denn sie legt sich lähmend auf die Produktionskraft, auf den Produktionsgang und auf die produzierenden Kräfte. Gerade jetzt haben die Reparaturarbeiten angefangen, daß sie keine Verbesserungen mehr leisten wollen, wenn diese nur zur Schaffung von Reparationsstoffen dienen sollen; glaubt man in Paris, sie unter dem Druck der

